



Meike Heckenroth, Timo Heyn, Juliane Skowski

Orte der Integration im Quartier

Eine Antwort auf drängende Aufgaben der Quartiers- und Bildungsentwicklung



In sozial benachteiligten und strukturschwachen Stadtteilen bestehen vielfach noch unzureichende Bildungschancen für Kinder und Jugendliche. Mit dem ExWoSt-Forschungsfeld „Orte der Integration im Quartier“ wurden diese Anforderungen aufgegriffen und Lösungsansätze in bundesweit acht Modellvorhaben praktisch erprobt. Das Forschungsfeld wird im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) mit einer Laufzeit von drei Jahren durchgeführt. Seit Herbst 2011 wird es von empirica als Forschungsassistentin begleitet.

Im Rahmen von vier Erfahrungswerkstätten, einem Expertengespräch mit Vertretern der Modellvorhaben und externen Fachleuten aus Wissenschaft, Verbänden, Stiftung etc. sowie verschiedenen Arbeitstreffen vor Ort wurden die konkreten Projekterfahrungen sowohl aus Innensicht als auch aus der Außensicht reflektiert. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse des Forschungsfeldes dargestellt, die aus den Diskussionsprozessen und der Projektbegleitung der Modellvorhaben abgeleitet wurden.

Im Quartier ansetzen und Orte qualifizieren

Ziel der Modellvorhaben ist es, eine Verknüpfung von Stadtentwicklung und Bildungspolitik in der Praxis zu erproben. Dies wird durch die Qualifizierung von Infrastruktureinrichtungen und eine intensive Einbindung der vorhandenen Bildungs- oder Gemeinschaftseinrichtungen in sozialräumliche Kooperations- und Entwicklungsansätze erreicht. Diese Einrichtungen werden zu „Orten der Integration im Quartier“ qualifiziert, indem aufeinander abgestimmte Angebote und Anlässe für unterschiedliche Zielgruppen aus dem Quartier gebündelt werden. In vier der insgesamt acht Modellvorhaben werden im Schwerpunkt Schulen als „Orte der Integration“ entwickelt.

Durch bauliche Erweiterungen, Umgestaltungen oder Veränderungen in der Ausstattung wurden in den Modellvorhaben räumliche Voraussetzungen für die Öffnung der bestehenden Infrastruktureinrichtungen zum Stadtteil sowie für die Weiterentwicklung bestehender Bildungs- und Unterstützungsangebote geschaffen. Durch intensive Kooperationen innerhalb und außerhalb der Verwaltung sowie die Einbindung



Abb. 1: Modellvorhaben im Forschungsfeld „Orte der Integration im Quartier“ (Quelle: BBSR Bonn)



der Akteure vor Ort konnten Netzwerkstrukturen verdichtet und neue Partner gewonnen werden. Darüber hinaus wurden die vorhandenen Maßnahmen und Angebote im Quartier gebündelt, aufeinander abgestimmt sowie Angebotslücken geschlossen. Erfolge vor Ort lassen sich sowohl in Bezug auf bauliche Anpassungen, die Erreichung der Zielgruppen, verdichtete Kooperations- und Netzwerkstrukturen als auch strukturelle Veränderungen bezüglich der Infrastrukturangebote erkennen.

Schule als Ort der Integration – Räume für Kooperationen schaffen

In der Praxis fehlen häufig geeignete Räume in bzw. an der Schule, um Angebote aus dem Quartier in der Schule zu bündeln oder neu zu schaffen. Entweder fehlt es an Räumen selber oder an entsprechenden Einrichtungen (z.B. um einen Cafétreff einzurichten) oder die Räume sind nur eingeschränkt zugänglich (z.B. während der Schulöffnungszeiten).

Bei den Modellvorhaben hat sich gezeigt, dass die inhaltliche Qualifizierung von Schulen i.d.R. mit einer baulichen Erweiterung oder Umgestaltung der Orte einhergeht. Die Schaffung geeigneter Räume (z.B. Anbau, Umbau, Einrichtung, Zugänge) war der erste gemeinsame Arbeitsschritt zwischen Schule und den beteiligten außerschulischen Akteuren. Hier wurde auch die Erfahrung gemacht, dass der Bau oder Umbau von Orten der Integration die Kooperationen fördern und Partner erstmals zusammenführen kann. So hat beispielsweise der Neubau der Stadtteilschule in Neumünster die Entwicklung neuer Strukturen befördert und den Auftakt für eine verbindlichere Zusammenarbeit von Schule und Stadtteilakteuren bereitet.



Abb. 2: Eröffnung der Stadtteilschule Neumünster (Quelle: Quartiersmanagement Vicelinviertel, Alexander Kühn)

Auch in Schwäbisch Gmünd hat die räumliche Zusammenführung der drei Einrichtungen Kita, Schule und Familien- und Nachbarschaftszentrum eine intensivere Kooperation erleichtert. Gemeinsam bespielte Räume wie eine Bibliothek, eine Mensa und Gruppenräume gehen einher mit gemeinsamen Aktivitäten und Kooperationen (z.B. ein Elterncafé für die El-

tern aller drei Einrichtungen, Qualifizierungsmaßnahmen für Eltern von Kindern aus Kita und Grundschule etc.).

Obwohl die bauliche Ausgangssituation in den Modellvorhaben sehr unterschiedlich ist (von ehemaligen Geschäftsräumen bis zu ehemaligen Hausmeisterwohnungen in der Schule oder auf dem Schulgelände), gibt es gemeinsame Voraussetzungen für alle Orte der Integration. So sehen die Modellvorhaben den Zugang und den Eingangsbereich der Einrichtungen als wichtiges „Aushängeschild“ für einen dem Quartier zugewandten „offenen“ Ort der Integration. Hierzu zählen z.B. große Fensterfronten, ein freundliches, helles Foyer und ein barrierefreier Zugang zur Einrichtung.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Möglichkeit, Orte der Integration auf einem „neutralen Weg“ erreichen zu können. Gerade bei Orten der Integration, die in Anbindung an Schulen initiiert wurden, spielt ein Zugang, der nicht ausschließlich über das Schulgelände erfolgt, eine wichtige Rolle. Neben versicherungsrechtlichen Argumenten wird durch einen eigenständigen Eingang vor allem die Ausrichtung ins Quartier dokumentiert und eine unabhängige zeitliche Öffnung ermöglicht. Auch für Gruppen, die keinen oder nur einen leichten Bezug zur Schule haben, aber dennoch an den Angeboten im Ort der Integration teilnehmen möchten, sind die Hemmschwellen zur Partizipation dadurch geringer. Dies bezieht sich etwa auf ältere Menschen aus dem Quartier, die z.B. keine Enkel an der Schule haben. Das Modellvorhaben in Augsburg hat vor diesem Hintergrund einen neuen Zugang zu den Räumen des Schulcafés geplant und umgesetzt. Heute sind die Angebote vom öffentlichen Gehweg aus erreichbar und können unabhängig von den Schulöffnungszeiten durchgeführt werden.

Die baulichen Anpassungen der Räumlichkeiten beziehen sich darüber hinaus vor allem auf Grundrissanpassungen sowie Ausstattungsdetails. Ein wichtiger Aspekt war in fast allen Modellvorhaben die Nachrüstung einer gut ausgestatteten Küche für Mittagstisch, Kochkurse bis hin zu Familienfeiern und Kulturevents. Ebenfalls von Bedeutung waren in einigen Modellvorhaben die technischen Voraussetzungen, um Kurse oder auch kulturelle Veranstaltungen, wie Lesungen, Theater und Musikvorführungen, durchführen zu können (z.B. Beleuchtung, Beamer, Akustik, Bestuhlung). Zum Teil wurde aber auch festgestellt, dass die Ausstattung von Infrastruktureinrichtungen bisher nur auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet war. So wurden in Offenbach für die Etablierung eines frühkindlichen Sprachangebotes Ausstattungen für Kleinkinder (z.B. Wickeltisch, Spielzeug) benötigt und in Glauchau ein ehemaliger Jugendclub so qualifiziert, dass auch (Beratungs-) Angebote für Eltern oder andere Quartiersbewohner in einem separaten Büro angeboten werden können. Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Modellvorhaben auf flexible Raumnutzungen geachtet und neutrale, schlichte Ausgestaltungen der Einrichtungen gewählt haben, mit Möglichkeiten der individuellen Aneignung durch unterschiedliche Nutzergruppen.



Schule als fester Kooperationspartner der Quartiersentwicklung

Für eine erfolgreiche Entwicklung vor allem strukturschwacher Quartiere und eine gelungene Integration von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund ist die Zusammenarbeit mit Schulen unabdingbar. Bildung ist nach wie vor ein Schlüssel für Integration. Vor diesem Hintergrund spielen Schulen eine zentrale Rolle, um die Bildungs- und Lebenschancen von sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit Schulen in der Quartiersentwicklung ist jedoch oft gekennzeichnet von ungleichen zeitlichen Ressourcen in den Schulen auf der einen Seite und den außerschulischen Ansprechpartnern und Verantwortlichen auf der anderen Seite. Schulleitungen und Kollegium sehen sich häufig bei Projekten neben den originären Aufgaben mit zeitlichen Engpässen konfrontiert.

Die Bereitschaft von Schulen, sich zum Quartier zu öffnen, d.h. Kooperationen mit Akteuren aus dem Quartier einzugehen und sich zu engagieren, hat sich in den Modellvorhaben oft erst dann entwickelt, wenn seitens der Leitung und des Kollegiums deutlich wurde, dass durch das Projekt eine Win-win-Situation entsteht. Im Schulalltag muss deutlich werden, dass die Aktivitäten, die mit der Zielsetzung der „Integration“ bereits an der Schule durchgeführt werden, durch die zusätzliche Unterstützung noch erfolgreicher sind. In Neumünster wurde beispielsweise der Allgemeine Soziale Dienst in der Stadtteilschule verortet, was für die Schule im Sinne einer Entlastung positiv aufgenommen wird. In Augsburg wurde durch die Initiierung eines Schulcafés das „Bildungshaus“ auch für andere Zielgruppen geöffnet und es findet eine stärkere Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe sowie anderen Akteuren im Quartier statt.

In den Modellvorhaben wurde bei der Verankerung des Ortes der Integration in der Schule nicht immer der Weg über die Schulleitung genommen, sondern z.T. auch der „Umweg“ über das Kollegium (z.B. Neumünster) oder Elternvertreter (z.B. Mannheim), die aktiv in Planungen und Umsetzungen eingebunden wurden. Aus Sicht der Beteiligten ist es wichtig, alle Stellschrauben auszuloten, persönliches Engagement Einzelner zu nutzen, um damit das Projekt nicht nur in der Schule sondern breit in der Stadtteilöffentlichkeit zu etablieren.

In der Praxis hat sich gezeigt, dass es nicht realistisch ist, im Vorfeld alle erforderlichen Regelungen hinsichtlich Zeitkapazitäten und Ressourcen mit der Schule detailliert vor auszuplanen und entsprechend konkretisiert verbindlich zu vereinbaren. Wichtiger ist die grundsätzliche Bereitschaft der Schule bzw. der Schulleitung, das Projekt an der Schule umzusetzen und die Umsetzung verbindlich zu vereinbaren und dafür auch die erforderlichen Personalkapazitäten zu ermöglichen. Im Modellvorhaben Berlin wurde beispielsweise die Schulsozialarbeiterin mit dem Aufbau und der Begleitung des Elterntreffs betraut,

in Schwäbisch Gmünd steht den Leiterinnen der drei involvierten Einrichtungen ein Stundenkontingent zur konzeptionellen Vorbereitung und praktischen Umsetzung des Projektes zur Verfügung und in Augsburg wird in Zukunft sowohl die Schulleitung als auch eine pädagogische Fachkraft der Jugendhilfe an der Weiterentwicklung des Bildungshauses beteiligt sein.

Ebenfalls erfordert die breite Akzeptanz im Kollegium, dieses frühzeitig zu informieren und zu sensibilisieren. Das heißt nicht, dass das Kollegium „aktiv“ in alle Prozesse und an allen Projekten beteiligt sein muss, aber es sollte als „Team“ hinter der Zielvorstellung für den Ort der Integration stehen und dieses unterstützen. Dazu zählt auch, sich mit den Hemmnissen und Potenzialen des Quartiers auseinanderzusetzen sowie die Angebote der Quartiersakteure zu kennen und ggf. aktiv zu bewerben.



Abb. 3: Frühzeitige Information und Einbindung des Kollegiums (Quelle: Stadt Augsburg/Urbanes Wohnen)

Gemeinsame Ziele und Konzepte von Schule und Quartier

Viele Maßnahmen und Ansätze in Bildungseinrichtungen und der Quartiersentwicklung sind dadurch gekennzeichnet, dass entweder in der Schule oder in dem Quartier jeweils eigene Maßnahmen umgesetzt werden. Manchmal gibt es punktuelle Berührungspunkte, jedoch ohne dauerhafte Verknüpfungen. Aus schulischer Sicht ist die Perspektive für Quartiersprojekte häufig zu kurzlebig, um eine erforderliche Vertrauensbasis mit den außerschulischen Partnern zu entwickeln und Projekte in die Curricula zu integrieren. Auch wenn Angebote beispielsweise an den Nachmittagen im Ganztagsbereich – z. B. von Kirchen, Vereinen, Trägern – durchgeführt werden, sind diese oft additiv zum schulischen Angebot. Eine systematische Einbindung in das schulische Konzept fehlt dann.

Erste Ansätze einer systematischeren Verknüpfung wurden in den Modellvorhaben erprobt. So haben im Modellvorhaben Schwäbisch Gmünd die Schule, die Kita und das Familien- und Nachbarschaftszentrum ein gemeinsames Entwicklungskonzept für das neue Familienzentrum Hardt erarbeitet, das u.a. die gemeinsamen Zielvorstellungen und Schnittstellen der drei



Einrichtungen darstellt. Darüber hinaus ist das Familienzentrum Hardt Teil des beschlossenen Bildungsentwicklungsplanes der Stadt Schwäbisch Gmünd. Bei gemeinsamen schriftlichen Ausarbeitungen der Einrichtungen wird den Kollegen oft deutlich, wo die eigenen Ziele erweitert werden können und gemeinsame Ansätze sowohl den Kindern und Familien aber auch den Mitarbeitern der Einrichtungen einen Qualitätsvorteil bringen können.

In Berlin wurde im Rahmen des Modellvorhabens ein erster Schritt gegangen, indem ein Kieznetzwerk mit regelmäßigen Treffen initiiert wurde und darauf aufbauend ein gemeinsamer Flyer mit allen Angeboten der Vereine, Träger, Schule/Elterntreff etc. für das Quartier erarbeitet und gedruckt wurde. Dabei wurden ebenfalls Überlagerungen von Angeboten (z.B. drei Nähkurse unterschiedlicher Träger) und Angebotslücken auffällig, so dass fehlende Angebote gezielt platziert werden können. Generell gilt für erfolgreiche Bildungsbiografien, dass die Kooperation der schulischen und außerschulischen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen untereinander durch die Erarbeitung gemeinsamer Zielvorstellungen (z.B. Kita, Vorschule, Jugendangebote und Schule) eine Grundlage finden.



Abb. 4: Treffen des Kieznetzwerkes (Quelle: empirica)

Eltern, Bewohner und Zivilgesellschaft aktivieren

Das Engagement und die Partizipation von Eltern und Bewohnern sowie Vereinen, Verbänden oder Stiftungen in und für Quartiere bilden ein großes Kapital. In vielen benachteiligten Quartieren bleibt dies zu oft ungenutzt und insbesondere die Schulen bedauern eine fehlende Unterstützung der Schüler durch ihre Eltern.

Ein Ziel der Modellvorhaben ist es, vor allem Eltern, aber auch Quartiersbewohner stärker in die Arbeit vor Ort zu integrieren. Starke Schüler, mit einer erfolgreichen Bildungsbiografie, erhalten i.d.R. eine kontinuierliche Unterstützung von zu Hause. Viele Eltern fühlen sich aber nicht in der Lage, ihre Kinder zu unterstützen – sei es aus sprachlichen, kulturellen oder zeitlichen Gründen. Um insbesondere Hemmschwellen

in Bezug auf die Sprache und den Umgang mit Lehrern, Schulleitung, Schulalltag etc. abzubauen, wurden in den Orten der Integration Elterncafés bzw. Elterntreffs unter Einbindung der Eltern eingerichtet, Fortbildungen für Eltern angeboten (z.B. Ausbildung zu Elternvertretern) sowie Gemeinschaftsprojekte (z.B. Schulgarten) initiiert, die den Eltern niedrigschwellige Möglichkeiten des Mitgestaltens bieten. In einigen Modellvorhaben konnten Eltern erfolgreich für die Belange der Schule sensibilisiert und aktiviert werden. Plötzlich stellten sie „Forderungen“ an die Schule, zum Beispiel hinsichtlich der Gestaltung der Sanitäranlagen und Räume.



Abb. 5: Schulgarten in Nienburg (Quelle: empirica)

Bei der Aktivierung ehrenamtlicher Unterstützung hat sich auch gezeigt, dass insbesondere bei vielen Eltern bzw. Familien in benachteiligten Quartieren die Zeit für ehrenamtliches Engagement in Konkurrenz zu der Zeit des Geldverdienens steht. Wichtig ist bei dieser Gruppe, dass eine Aufwandsentschädigung, Fahrgeld o.Ä. für die Leistungen zur Verfügung gestellt werden. Anders stellt sich die Situation bei Ehrenamtlichen dar, die oft nicht im Quartier wohnen und aufgrund ihres besseren sozioökonomischen Status einen gesellschaftlichen Beitrag ohne Entlohnung leisten können, z.B. Patenfunktionen wie Lesepatenschaften, Hausaufgabenbetreuung oder individuelle Familienbetreuung. Oft werden diese Ehrenamtlichen auch über Ehrenamtsagenturen vermittelt. In Augsburg und Glauchau ist es zudem gelungen, auch Jugendliche in die ehrenamtliche Arbeit einzubinden. In Augsburg wurde beispielsweise eine Sommerlounge mit Jugendlichen eingerichtet. In Glauchau konnten Jugendliche auch längerfristig für die Fortsetzung eines Tanzprojektes gewonnen werden.

Wichtig ist in allen Fällen, dass Ehrenamtliche qualifiziert und begleitet werden. Sowohl der Umgang und die Betreuung von Kindern und Jugendlichen sowie die Übernahme von Verantwortung im Bereich Bildung etc. stellen hohe Anforderungen an Ehrenamtliche. In Schwäbisch Gmünd wurden unterschiedliche Schulungsangebote für ehrenamtlich Aktive im Projektzeitraum angeboten, u.a. die Qualifizierung von Elternvertretern der verschiedenen Bildungseinrichtungen oder die Qualifizierung von Familienbesuchern.



Stadtverwaltung als verantwortlicher Initiator

Bei Schulen in benachteiligten Quartieren gehören unterschiedlichste Kooperationen meist selbstverständlich zum Alltag. Eine systematische Ausrichtung auf und Öffnung in die Quartiere auf Initiative der Schule geht jedoch meist deutlich über die Möglichkeiten der Schulen hinaus. Enge zeitliche und personelle Kapazitäten sind dabei die hauptsächlichsten Hindernisse.

Seitens der Modellvorhaben gab es ein Votum dafür, dass die Verantwortlichen auf Verwaltungsseite auch die Steuerung des Entwicklungsprozesses eines Ortes der Integration übernehmen sollten. Hierfür spricht nicht nur die Einbindung der sozialraumbezogenen Konzepte in bestehende gesamtstädtische Planungen, sondern auch die Möglichkeit des Aufbaus einer systematischen Planungsstrategie für die Orte der Integration, bestehend aus Bestands- und Bedarfsanalysen, der Entwicklung von Maßnahmen und der Evaluation.

Gleichzeitig wurde es als notwendig angesehen, dass es sowohl ämterübergreifende Lenkungs- bzw. Steuerungsgruppen auf der Ebene der Verwaltung als auch Planungs- oder Projektgruppen vor Ort gibt, die in regelmäßigen Abständen zusammenkommen. Innerhalb der ämterübergreifenden Steuerungsgruppe wird eine Gesamtstrategie entwickelt. Dazu zählt die Auswahl des Stadtteils und der Einrichtung, die Auswahl und Ansprache von Partnern, die Prüfung der Finanzierbarkeit von Projekten und die Einbindung der Projekte in andere kommunale Konzepte (z.B. Integrationskonzept). Zudem werden in der Steuerungsrunde die „Arbeitsaufträge“ entsprechend der Entscheidungen und Planungen in der Planungsgruppe vor Ort besprochen, weiter bearbeitet und ggf. an Mitarbeiter im Haus vergeben. Außerdem befindet sich hier die Schnittstelle zur Politik, die durch Informationen seitens der Verwaltung und ggf. durch Einbindung vor Ort das Projekt stärken und dessen Erfolge nach außen kommunizieren kann.

Die Planungs- oder Projektgruppen vor Ort sollten – analog zu den verwaltungsinternen Gruppen – ebenfalls aus festen Mitgliedern bestehen (z.B. Vertreter von Bildungseinrichtungen, Verwaltung, Vereinen, Trägern, Migrantenorganisationen). Für die Arbeit vor Ort wird es als notwendig angesehen, Strukturen und Kontinuität aufzubauen. Aus Sicht der Modellvorhaben bedarf es einer Verbindlichkeit für die Zusammenarbeit (Wer? Wo? Wann?).

Gute Erfahrungen wurden auch mit der Einbindung von externen Moderatoren gemacht, die z.B. Treffen von Planungsgruppen im Quartier vorbereiten, durchführen und nachbereiten. Dieser Ansatz ist vor allem dann sehr sinnvoll, wenn eine Vielzahl unterschiedlicher Akteure zusammengebracht werden sollen, um verschiedene Themen zu bearbeiten. Besonders hilfreich ist die externe Moderation, wenn dadurch im Prozess weder die Verwaltung noch Einrichtungen oder Träger in die Rolle eines Mediators geraten.

Neben einer verbindlichen Struktur, Steuerung und Kontinuität im Prozess bedarf die Entwicklung von Orten der Integration zudem Zeit. Trotz der vielen positiven Entwicklungen und Ergebnisse bei den Modellvorhaben besteht Einigkeit darüber, dass es einen Zeitraum von mindestens zwei bis drei Jahren für den Aufbau und die Initiierung von zielgruppenspezifischen Angeboten bedarf. Die prozesshafte Entwicklung entspricht dem Leitbild der „lernenden Organisation“.



Abb. 6: Schulen als Orte von Kooperationen (Foto: Jost)

Orte der Integration finanzieren

Oft erfolgt die Finanzierung von Projekten und Maßnahmen getrennt, entweder über die Schule oder über die Quartiersstrukturen (i.d.R. Verwaltung und Träger). Der jeweilige Finanzverantwortliche ist zumeist nicht nur für die Mittel zuständig, sondern auch für die Konzeption der Umsetzung verantwortlich. Eine enge Zusammenarbeit und gemeinsame Projektverantwortung wird dadurch häufig nicht erreicht.

Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Initiierung und Umsetzung von Orten der Integration müssen die finanziellen Rahmenbedingungen feststehen. Eindeutige Beschlüsse seitens der Politik sollten vorliegen (Ratsbeschluss). Ein detaillierter Finanzierungsplan gibt Aufschluss darüber, welche Akteure wann welche Budgets für welche Maßnahmen einbringen können. Zudem stellt sich die Frage, wer zusätzliche Gel-



der akquiriert. Gleichzeitig sollte die Budgetverantwortung zugeordnet sein. Eine Steuerung durch Verwaltung/Politik (Steuerungsgruppe) erscheint sinnvoll, gleichzeitig kann eine gemeinsame Teilbudgetverantwortung auf Projektteams übertragen werden, wodurch die Teams mehr Gestaltungsmöglichkeiten hätten.

Aus Sicht der Modellvorhaben ist es sinnvoll, die bestehenden Strukturen zu nutzen, wobei Räume, Personal, Material, größere Anschaffungen gemeinsam genutzt werden können. Dennoch sollte darüber hinaus die Mindestfinanzierung eines professionellen Grundangebots im Ort der Integration stehen. Des Weiteren bedarf es eines Budgets für die laufende Arbeit (pädagogische Arbeit und Material) sowie eines Budgets zum Anpassen und Gestalten von Räumen oder sogar die Finanzierung eines Neubaus sowie für die Bewirtschaftung. In einigen Modellvorhaben wird die (Weiter-)Finanzierung in erster Linie durch die Stadt übernommen (z.B. Nienburg, Neumünster, Augsburg).

Die Akquise zusätzlicher Mittel erfolgte bei den Modellvorhaben in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlichem Erfolg. Lediglich in Mannheim ist im Rahmen des Modellvorhabens eine öffentlich-private Trägerschaft eingegangen worden, bei der die Freudenberg Stiftung als gleichberechtigter Partner von Beginn an das Projekt mitentwickelt hat. Als Partner konnten neben Stiftungen zudem Service Clubs, Verbände, Wohnungsunternehmen (z.B. Berlin) oder das örtliche Gewerbe gewonnen werden. Es hat sich gezeigt, dass es einfacher ist, Geldgeber für die (Co-)Finanzierung konkreter Projekte zu gewinnen, als Spenden ohne Verwendungszweck zu akquirieren. Nicht selten haben die Geldgeber sich zudem mit ihrem Know-how eingebracht und Beratungen oder aktive Mithilfe angeboten. Dennoch ist das Einwerben von „privaten“ Geldern in erster Linie personenabhängig. Eine Rolle spielen hierbei Erfahrungen, vorhandene Kontakte und Netzwerke.

Die Modellvorhaben waren sich einig, dass es hilfreich wäre, wenn es eine zentrale Stelle bei der Verwaltung gäbe, die Ausschreibungen sichtet und weiterleitet sowie Unterstützung bei der Antragstellung bietet. Ergänzt werden könnte dieses Serviceangebot durch die Bereitstellung von Adressen und inhaltlichen Schwerpunkten potenzieller privater Geldgeber (z.B. Stiftungen, Service Clubs).

Aus Sicht der Experten sollten (z.B. Bundes-)Fördermittel in Zukunft vor allem für die Entwicklung von gemeinsamen Konzepten vergeben werden. In Bezug auf Schulentwicklungspläne oder Bildungspläne hätte dies den Vorteil, dass ein Anreiz besteht, die per Ausschreibung geforderten Kooperationen innerhalb der Verwaltung aber auch mit lokalen Akteuren einzugehen. So würden Leistungen, die sowieso erbracht werden müssen, an Qualität gewinnen, da zusätzliche finanzielle Mittel für die Kooperation zur Verfügung stehen. In anderen Förderbereichen wird ein Anreiz zur Erarbeitung von gemein-

samen Konzepten dadurch geschaffen, dass Maßnahmen, die aus einem integrierten Konzept abgeleitet wurden, mit einem erhöhten Fördersatz gefördert werden.

Fazit

Die Modellprojekte zeigen eindeutig, dass es in sozial benachteiligten Stadtteilen mit unzureichenden Bildungschancen nicht um ein „Entweder-oder“ zwischen der Bildungslandschaft einerseits und der Quartiersentwicklung andererseits geht. Bildungs- und Quartiersentwicklung können nicht nur abstrakt theoretisch sondern auch praktisch kooperieren und über die eigenen Ansätze hinaus gemeinsame Konzepte entwickeln. Das Forschungsprojekt „Orte der Integration im Quartier“ hat deutlich gemacht, dass Hand in Hand mehr erreicht werden kann als in getrennten Handlungssträngen. Die Orte der Integration sind dabei der zentrale Anlass, Kooperationen materiell und inhaltlich in gemeinsamer Verantwortung zu gestalten.

Für eine „echte Zusammenarbeit“ gibt es jedoch wichtige Voraussetzungen: Eine wesentliche Empfehlung ist in diesem Zusammenhang die Verknüpfung der Ressourcen und die Entwicklung neuer Organisationsstrukturen. Eine erfolgreiche Verbindung von Schulentwicklung sowie der kommunalen Stadtteilentwicklung setzt eine verbindliche Zusammenarbeit sowie eine konzeptionelle Steuerung voraus. Angestoßene oder noch anzustoßende Prozesse sollten von Beginn an allen Beteiligten möglichst in der ganzen Tragweite von Veränderungen kommuniziert werden. Zudem sollten Veränderungsprozesse in Schule und Quartier konzeptionell in Bildungsplanungen und damit der inneren schulischen Entwicklung sowie in Stadtteilkonzepten mit entsprechendem Monitoring und Qualitätskontrollen verankert sein.

Die diskutierten Erfolgsvoraussetzungen verdeutlichen, dass derzeit noch ein erheblicher Handlungsbedarf besteht, der weder alleine aus schulischer noch alleine aus stadtteilbezogener Perspektive bewältigt werden kann. Trotz der Langfristigkeit solcher Prozesse zeigen die Modellvorhaben, wie auch in kurzer Zeit wichtige Erfolge erreicht und konzeptionelle Veränderungsprozesse dadurch ausgelöst werden können.

Mehr Informationen zum Forschungsprojekt und den Modellvorhaben stehen auf der Internetseite des BBSR (www.bbsr.bund.de) zur Verfügung. Die Abschlusspublikation von „Orte der Integration im Quartier“ wird voraussichtlich im Sommer 2014 als Printversion und als Download veröffentlicht.

Meike Heckenroth, Timo Heyn, empirica ag, Berlin
Juliane Skowski, Referat I 4 –
Regionale Strukturpolitik und Städtebauförderung,
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung,
Bonn